

In dieser Ausgabe:

Aktion gegen Niedriglohn
Interview mit Henning Foerster
Wahlkampfreport
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Seite 3
Seite 4
Seite 5
Seite 7

Schwerin sieht **ROT**



Ihr Direktkandidat für Wahlkreis 8
Henning Foerster



Ihr Direktkandidat für Wahlkreis 9
Helmut Holter



DIE LINKE. Schwerin eröffnete am Freitag, den 05. August ihr Wahlbüro in der Martinstraße. Mit dabei waren natürlich der Direkt- und Spitzenkandidat Helmut Holter und Direktkandidat Henning Foerster. Während der Veranstaltung wurden die Wahlwerbemittel der Partei (Plakate, Flyer, Broschüren usw.) vorgestellt. Der Wahlkampfleiter Peter Brill informierte über die im Rahmen des Wahlkampfes geplanten Aktionen. Gleichzeitig wurden auch die im Rahmen des

Fotowettbewerbs „Gartensommer am Schweriner Schloss“ eingereichten Bilder öffentlich ausgestellt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben bis zum 26. August zu den üblichen Geschäftszeiten die Möglichkeit, die Bilder anzusehen und zu bewerten. Die Bewertung der Bürgerinnen und Bürger fließt dann in das Gesamtergebnis zur Preisvergabe mit ein.

Peter Brill

Wort zum Monat

Von Stefan Schmidt,
Vorsitzender
des Kreisvorstandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE



Es ist an der Zeit...

und unser Wahlkampf startet in seine letzte Phase. Auch wenn erst jetzt die ersten Plakate unserer Partei an den Laternen der Stadt hängen, unser Wahlkampf ist bereits seit einigen Wochen in vollem Gange. Das ist euch sicher auch über die Medien aufgefallen. Aktionen wie an der Schweriner Arbeitsagentur oder auf dem Rügendamm, bei denen wir sehr anschaulich und öffentlichkeitswirksam auf die Probleme im „Niedriglohnland Mecklenburg-Vorpommern“ (wie es die SPD so gern nannte) aufmerksam gemacht haben, sind bereits jetzt große Höhepunkte in unserem Wahlkampf gewesen. Nun steht ein weiterer Höhepunkt direkt vor der Tür – der Landesparteitag in Rostock. Leider wird er bereits im Vorfeld überschattet von internen Diskussionen, die uns als Partei nicht gut tun – insbesondere, weil sie wieder einmal unnötig in die Öffentlichkeit gezogen wurden. Gerade im Wahlkampf sollten wir nach außen ein Bild der Geschlossenheit zeichnen, das geprägt ist von den programmatischen Ansätzen, die wir im Wahlprogramm einstimmig beschlossen haben und hinter denen wir uns damit offensichtlich in einer sehr breiten Mehrheit versammeln können. Themen wie ein gesetzlicher Min-

destlohn, längeres gemeinsames Lernen und die bessere finanzielle Ausstattung von Kommunen - um deren Handlungsfähigkeit wiederherzustellen - sind Themen, die offensichtlich in der Bevölkerung auf breite Zustimmung treffen und durch unsere Partei glaubhaft vertreten werden könnten, wenn wir geschlossen dafür eintreten und in der Öffentlichkeit dabei nicht in Diskussionen über persönliche Befindlichkeiten verfallen. Auch im Angesicht der inhaltlichen Schwäche der konkurrierenden Parteien, wie sie sich derzeit noch im Plakatierungswald darstellt, wäre dies unsere Chance, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, die wir nicht verschenken dürfen. Wenn wir zum Beispiel sehen, dass die SPD plötzlich ihr Herz für bessere Löhne entdeckt hat, nachdem sie die Schaffung von 25.000 Billigjobs vorangetrieben hat, die die Binnenwirtschaft des Landes stark belasten, und noch im kürzlich beschlossenen Vergabegesetz auf die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohnes verzichtet hat, zeigt das, wie ernst diese Forderung von Ministerpräsident und Sozialministerin zu nehmen ist. Die CDU verzichtet bisher offensichtlich vollständig auf inhaltliche Aussagen und versucht eine erneute Rechtschreibreform einzuführen, indem wir mit ihr in die Zukunft gehen sollen. Dieser Werbeslogan steht beispielhaft für die verfehlte Bildungspolitik von CDU und SPD der letzten 5 Jahre und zeigt die Notwendigkeit, in diesem Land eine Bildungspolitik umzusetzen, die soziale Ausgrenzung vermeiden hilft und allen Schülern die gleichen Chancen auf eine gute Bildung garantiert. Dabei kann nicht die Vorbereitung auf einen spezialisierten Arbeitsmarkt im Vordergrund stehen, sondern die Herausbildung von eigenständigen Persönlichkeiten mit einem breiten Allgemeinwissen und der daraus resultie-

renden Fähigkeit zu politischem und gesellschaftlichem Denken muss auch in den Fokus der Bildungspolitik unseres Landes gestellt werden. Denn nur auf dieser Basis gepaart mit einer wirklichen sozialen Sicherung, jenseits der Diskriminierung durch Hartz IV, kann ein wirklich demokratisches Staatswesen funktionieren, das faschistischen und andere menschenverachtenden Ideologien dauerhaft die Stirn bieten kann. Für diese politischen Ansätze, als einzige relevante Partei die Krieg als Mittel der Politik ablehnt, wollen wir in den kommenden drei Wochen gemeinsam wahlkämpfen - „mit dem Gesicht zum Volke, nicht mit den Füßen in den Wolken“ – wie Gerhard Schöne es in seinem Lied wunderschön beschrieb. Auch wir haben Antworten auf viele Fragen des Volkes von Mecklenburg-Vorpommern, die wir mit einem Lächeln auf den Lippen und mit viel Optimismus auch den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes vermitteln können. Nutzen wir den Landesparteitag am kommenden Wochenende, um ein positives geschlossenes Bild unserer Partei zu zeichnen. Politische Wirksamkeit können wir nur erreichen, wenn wir für gemeinsame Ziele streiten, nur dann nehmen uns die Menschen ernst und vertrauen unseren inhaltlichen Aussagen. In diesem Sinn wünsche ich uns drei spannende, intensive und schlussendlich erfolgreiche Wahlkampfwochen. Lasst uns in diesem Wahlkampf die Sonne im Herzen tragen, auch wenn sie sich am Himmel rarmacht. Ich zähle auf eure Unterstützung und euer Engagement – nur das kann zeigen, wie lebendig unsere Partei ist.

Mit solidarischen Grüßen

Gedanken zum Mauerbau

Historisch muss die Errichtung dieses Bauwerkes zunächst in die Zeit des Kalten Krieges und in das Jahrhundert „der Extreme“ eingeordnet werden. Deutsche beider Republiken sollten den Großmächten beider Kriegsparteien zunächst dankbar sein, dass der Kalte Krieg nicht in einen Heißen umgeschlagen ist. Ein Krieg in der Mitte Deutschlands und Europas mit taktischen Atomwaffen hätte unabsehbare Folgen an Leid und Zerstörung mit sich gebracht. Wahrscheinlich war auch der Einsatz strategischer Kernwaffen, der ganze Kontinente an den Rand des Abgrundes gebracht hätte. Alles ver-

nunftbegabte historische und politische Denken sollte sich solchen übergeordneten Prämissen besinnen. Auch die minimal klugen, politisch jedoch zum Glück machtlosen Kläffer in Schönberg in Bonn wären in ihrem Bunkern höchst wahrscheinlich umgekommen. Mit Sicherheit hätten sie kein bewohnbares Land mehr zum Regieren gehabt, wenn sie denn noch aufgetaucht wären. Das konservative Rechte gegen die Mauer wettern, das wird immer so bleiben, denn der Sozialismus ist ihnen seit dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifestes“ und seit den Pariser Kommunen der am meisten gehasste Störfall der Geschichte, der ihre Pfründe in Frage stellt. Aus der Sicht von Zeitzeugen, die ihre nächsten

Angehörigen im anderen Berlin hatten, kann ich den mit der Mauer aufgekommenen Ärger nachfühlen und verstehen. Ihnen hätte man noch mehr helfen sollen, um zusammenzukommen. Später hat es dann ja auch Verhandlungen und Vereinbarungen gegeben. Aber die Sorgen und das Leid der betroffenen Familien für die Verschärfung des Kalten Krieges zu nutzen, das halte ich zumindest für unverantwortlich. Die heutige Hetze zum Mauerbau und gegen allen linken Denken dient allein der Ablenkung von den Krisen, ihren militärischen und sozialen Folgen, des sich ungebremst gebärenden Kapitalismus. Ich hatte keine nächsten Verwandten auf der anderen Seite. Als Lehre aus dem vom kapitalistischen System

von Kriegs- und Nachkriegsleid wollte ich eine Welt ohne Krieg errichten helfen. Fünf Kinderjahre musste ich ohne Eltern in Polen ums nackte Überleben durchstehen. Nach dem Mauerbau in der Wirtschaft unverantwortlich arbeitend, war ich endlich froh mit wenigen westlichen Störversuchen aus- und vorwärtszukommen. Natürlich bin ich heute klüger als 1960 mit 25 Jahren. Nun weiß ich, dass der Sozialismus durch stalinistische Züge entsteht und diskriminiert wurde. Ohne diese Verirrungen und ohne die Verurteilung von Kommunisten durch Nazirichter in der BRD sowie das Mitregieren von Judenmördern wäre der Kalte Krieg weniger aggressiv und weniger am Rande des heißen Krieges verlaufen. **Lauterbach**

IHNEN EINEN SCHÖNEN URLAUB! DER KELLNERIN EINEN GUTEN LOHN!

Mit einer spektakulären Aktion auf der Rügenbrücke machte DIE LINKE am 4. Juli erneut darauf aufmerksam, dass es in der Tourismuswirtschaft immer noch keine Mindestlöhne gibt. Prekäre Beschäftigung, Unterbezahlung an der Grenze zur Sittenwidrigkeit und deren Folgen wie Abwanderung junger Menschen und Überalterung sind ein großes Problem für Mecklenburg-Vorpommern. Bundesweite Aufmerksamkeit erregte das Banner über der Rügenbrücke.



Das 200 Quadratmeter Transparent war trotz Nebel gut zu sehen



Unterstützung "unten" Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Kerstin Kassner, Marianne Linke und Helmut Holter

DIE LINKE kritisierte vor Ort die Lohnbedingungen im nordostdeutschen Gastgewerbe als 'unter aller Würde'. Mecklenburg-Vorpommern bildet als Niedriglohnland die traurige Spitze in Deutschland. 75 Prozent der Jugendlichen und ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen hier zu Niedriglöhnen arbeiten. Das ist absolut unakzeptabel.

Deshalb fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn. Denn nur er sorgt für eine stabile Bevölkerungsentwicklung, einen wachsenden Binnenmarkt, mehr Steuereinnahmen für die Kommunen und ist das einzige Mittel, um der drohenden Altersarmut entgegenzutreten.

„Ihnen einen schönen Urlaub und der Kellnerin einen guten Lohn!“, unter diesem Motto gab es auch Aktionen bei Rostock, in Wismar, in Waren, bei Schwerin, in Wolgast und zwischen Barth und dem Darß.



Helmut Holter und Rügens Landrätin Kerstin Kassner



Eine der vielen Aktionen an den Autobahnen in ganz MV

Sommertour 2011 - Klaus Ernst zu Gast in Schwerin

Im Rahmen seiner Sommertour traf sich LINKEN Parteichef Klaus Ernst kürzlich mit Arbeitnehmervertretern aus Schwerin. Mit dabei auch Henning Foerster, selbst Betriebsratsvorsitzender und Direktkandidat der LINKEN in der Landeshauptstadt. Inhalt des Gesprächs waren die Auswirkungen von Leiharbeit, Befristungen und Niedriglohn in der Region. Übereinstimmend kam man zu der Auffassung, dass die Strategie, Mecklenburg Vorpommern als Niedriglohnland zu vermarkten, gescheitert ist. In Zeiten von sich abzeichnendem Fachkräftemangel wird sie zunehmend zum Standortnachteil. Tausende Berufspendler, die zum überwiegenden Teil aufgrund des Lohngefälles einer Arbeit in den benachbarten Bundesländern nachgehen, stehen beispielhaft



Henning Foerster und Klaus Ernst mit Gewerkschaftskollegen

für das Problem. Mit der Verabschiedung eines Vergabegesetzes ohne die Festlegung eines Mindestlohnes bei öffentlichen Aufträgen, sei eine große

Chance vertan worden, etwas für konkrete Verbesserungen der Beschäftigungsbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu tun, so

der übereinstimmende Tenor. Kritik gab es auch am Modell Bürgerarbeit. Zwar biete das Projekt denen, die als „Bürgerarbeiter“ tätig werden durchaus sinnvolle Beschäftigung und schaffe neue soziale Kontakte, allerdings sei es kein Ausweg aus Hartz IV. Eine Alternative, insbesondere für Langzeitarbeitslose, könne in öffentlich geförderter Beschäftigung liegen, hier würden dann, wie das Beispiel Berlin zeige, Tariflöhne gezahlt. Thema war auch die Auseinandersetzung mit der NPD. Die „Wir Initiative – Erfolg braucht Vielfalt“ sei ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Gewerkschaften, Unternehmer, Kirchen, Kulturschaffende und demokratische Parteien sich gemeinsam für das demokratische Gemeinwesen engagieren können.

Im Gespräch mit Henning Foerster



Wie bist du zur Politik gekommen?

Ich habe mich schon immer für die Rechte anderer eingesetzt, ob als Klassensprecher in der Berufsschule, als Gewerkschafts- oder später Betriebsratsmitglied. Entscheidend für den Wunsch, sich in einer Partei zu engagieren, war die große Enttäuschung über die Politik von rot/grün. Ich versprach mir vom Ende der Kohl-Regierung eigentlich mehr Einfluss für Gewerkschaften oder eine Umverteilung von oben nach unten, tatsächlich kam es genau andersherum, ausgerechnet die SPD verriet viele ihrer Wählerinnen und Wähler. Trauriger Höhepunkt waren die Agenda 2010 mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der friedenspolitische Tabubruch mit der Bombardierung Belgrads.

Wie bist du mit der Enttäuschung umgegangen?

Ich wollte nicht nur hinter verschlossenen Türen meckern, sondern etwas tun. Die PDS hatte offene Listen, das war für mich eine Alternative, da ich das Vertrauen in Parteien verloren hatte.

Vereinbarung zur Plakatierung

Unerfreulich findet der Wahlkampfleiter der LINKEN, das Urteil des Verwaltungsgerichtes zur Wahlkampfplakatierung. „Gerne hätte ich den Touristen die Plakate in der historischen

„Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Stadtfraktion, Kreisvorstandsmitglied und Gewerkschafter hat Henning Foerster sich in kürzester Zeit einen Namen in der Partei und in Schwerin gemacht. Nun ist es an der Zeit, sein Können auf Landesebene für die Menschen von Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen, denn er ist ein wichtiger Baustein der politischen Zukunft und das nicht nur von Schwerin!“

Helmut Holter

Doch du bist dann recht zügig eingetreten?

Ja, ausschlaggebend waren die Leute. Peter Templin, das Ehepaar Kutter oder Ralf Kluge haben dabei eine Schlüsselrolle gespielt. Ich konnte sofort mitmachen, plakatieren, stecken, diskutieren, Einwohnerforen vorbereiten, das Wohngebiet vom Müll befreien, für mich war es von Anfang an eine erlebbare Partei.

Du bist auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Stadtfraktion. Wie bist du zur Kommunalpolitik gekommen?

Ich hatte fast fünf Jahre die Stadtteilorganisation Krebsförden geleitet. 2009 war ich dann auch schon 3 Jahre Betriebsratsvorsitzender und Tarifkommissionsmitglied für mein Unternehmen. Ich war im besten Sinne „politisiert“ und nahm die Herausforderung, einer von 4 Kandidaten zu werden, an. Damals war ein Ziel des Kreisverbandes die Verjüngung der Fraktion, insofern kann man sagen, ich war zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Und ganz unfähig scheinst du ja auch nicht zu sein. Jetzt hast du dich entschieden, noch einen Schritt weiter zu gehen und kandidierst für den Landtag.

Durch meine Arbeit als Betriebsrat und Gewerkschafter bin ich ganz gut vernetzt. Meine Kollegen haben mir bescheinigt, dass sie mit meiner persönlichen Arbeit zufrieden sind. Ich habe mich entschieden, für

Altstadt erspart und habe mir ein anderes Urteil gewünscht. Wir akzeptieren jedoch das Urteil des Verwaltungsgerichtes und werden uns unabhängig davon an die beschlossene Vereinbarung zur Plakatierung halten. Die durch das Gerichtsurteil entstandene Möglichkeit, nun auch in der gesamten In-

nenstadt plakatieren zu können, werden wir bewusst nicht nutzen“, so Peter Brill. Nach Ansicht der LINKEN hätten nun leider auch die Verfassungsfeinde der NPD die Möglichkeit, in der Innenstadt zu plakatieren. „Es ist schwer zu ertragen, dass die NPD demokratisch Elemente nutzen darf, um ihre

Als Direktkandidat im Wahlkreis 8 werden nun in der Stadt Personenplakate von dir hängen. Ein eigenartiges Gefühl?

Erst einmal finde ich es gut, dass DIE LINKE „nur“ drei Wochen ihre Plakate hängt. Plakate sind wichtig, um Kernbotschaften zu transportieren, aber sicher nicht wahlentscheidend. Ich kenne das ja schon ein bisschen von der Kommunalwahl, aber natürlich nicht in diesem Ausmaß. Es ist einerseits merkwürdig, aber es macht mich auch ein bisschen stolz.

Die Menschen sollen dich wegen deiner guten Politik wählen. Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Die ergeben sich aus meiner beruflichen Tätigkeit von selbst. Prekäre Beschäftigung mit Leiharbeit, Befristung und Mini-Jobs sind mehr als problematisch. In Schwerin sind 6.500 Menschen arbeitslos gemeldet, mehr als 3.000 befinden sich in Umschulungs-, Trainings- oder ABM Maßnahmen. 1.500 Jugendliche sind ohne Berufsabschluss, 7.400 „Mini-Jobber“ versuchen mit 400 € über die Runden zu kommen. Ein Drittel des Schweriner Haushaltes

machen Sozialkosten aus, konkret 72 Millionen Euro! Aus meiner Sicht reicht es nicht, richtigerweise eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu fordern. Drei Dinge sind wichtig: Erstens, der ausufernde Niedriglohnbereich muss eingedämmt werden. Zu viele können von ihrer Hände Arbeit nicht leben und müssen aufstocken. Da ist ein erster Schritt die Einführung von Mindestlöhnen. Das wird Erwin SELLERING (SPD) niemals mit der CDU realisieren können.

Zweitens, die Langzeitarbeitslosigkeit. Die Betroffenen sind oft so lange raus aus dem Arbeitsleben, dass sie die fehlenden Fachkräfte nicht ohne weiteres ersetzen können. Da ist ein Ansatz der öffentliche Beschäftigungssektor, auch als Gegenentwurf zur Bürgerarbeit von schwarz-gelb.

Und drittens, führt kein Weg an der Bildung vorbei. Neben der Vermittlung von (Fach-)wissen muss viel mehr Wert auf die Vermittlung von sozialen Kompetenzen gelegt werden. Das geht bei einfachen Dingen los, wie morgens pünktlich sein, alle Arbeitsmaterialien dabei haben, im Team arbeiten können usw. Das alles können Lehrer alleine nicht leisten. Die Eltern in sozial schwachen Familien sind oft auch überfordert, deshalb ist die Forderung, einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule zu haben von herausragender Bedeutung.

Danke, viel Spaß im Wahlkampf und ein gutes Wahlergebnis.

Rasho Janew

demokratiefeindlichen Forderungen zu publizieren. Dies schadet auch dem Image der Landeshauptstadt, als weltoffene und tolerante Touristenzentrum. Einmal mehr wird deutlich, dass ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD, wie es DIE LINKE seit Jahren fordert, unumgänglich ist.“

Am 5. August haben wir unser Wahlbüro eröffnet. Zu spät? Mitnichten! Die ersten Wahlplakate liegen am Boden, manche sind im Chaos eines großen „C“ versunken. Der Streit um die Plakatierung allerdings scheint zwischen den Parteien nun endlich gelöst. Die anderen Parteien haben sich in der Öffentlichkeit trefflich über die Plakatierung gestritten – Inhalte? Fehlanzeige! Die Infostände werden jetzt immer mehr. Nach der Eröffnung des Wahlbüros ging es gleich los und am Sonnabend ging es weiter. Unser Wahlführungsplan ist immer noch dabei zu wachsen. Die Kandidaten bekommen immer neue Termine und auch neue Ideen für den Wahlkampf sind dabei. Ich denke da nur an Henning Foersters Pendleraktion, die am 26. August früh morgens die nach Hamburg fahrenden Berufspendler als Zielgruppe hat. Seit der Eröffnung des Wahlbüros ist die Schweriner LINKE bei Facebook vertreten. Ein weiterer Schritt in die modernen Medien oder wie es genannt wird, das Web2.0. Die letzte Umfrage ist raus. In den Zustimmungswerten steigen wir. Dies ist sicher nicht das Wahlergebnis und es kann uns erst recht nicht dazu bringen, leichtfertig zu werden. Für Pessimismus ist aber gar kein Grund vorhanden. Im Gegenteil, nur wir selbst können uns den Wahlerfolg nehmen. Daher meine Bitte an die Mitglieder unserer Partei, die auf Landes- und Bundesebene Verantwortung für uns wahrnehmen: Streitet Euch nicht, begeg-

Wenn der Sommer schon nicht heiß war – unser Wahlkampf wird es!

net einander mit dem notwendigen Respekt. Eure Aufgabe ist es, integrativ in die Partei zu wirken. Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr zumindest die Öffentlichkeit aus Euren Streitereien raushaltet! Ihr schadet uns und unserem Bemühen um ein gutes Wahlergebnis! Nehmt bitte zur Kenntnis, dass die Parteibasis arbeiten und wahlkämpfen will und Eure Debatten dabei überhaupt nicht braucht!

Mit unseren Kernthemen Kommunen, Arbeit und Bildung werden wir inhaltlich in den Wahlkampf ziehen. Themen, die sich in Flyern und Plakaten widerspiegeln werden. Sie bieten direkte Anknüpfungspunkte an unsere Kernkompetenzen Soziales und Bildung. Sie sind geeignet, unser Image zu verbessern, daher sind es die richtigen Themen.

Dass dies so ist, habe ich heute morgen bei einem Gespräch mit einem Bürger erfahren können. In Baden-Württemberg hat der Herr gearbeitet, ist dann in die USA gegangen und hat sich nun entschlossen, seinen Altersruhesitz in Schwerin zu nehmen. Das ist gut so, hat Schwerin immerhin wieder zwei Einwohner mehr. Er selbst hat sein Interesse an der LINKEN bekundet. So haben wir uns ge-

troffen. Das Gespräch führte über viele Bereiche, die Bedeutung des Euro, die nicht in Gang kommende Binnenkonjunktur (Grüß an Frau Schwesig und von der Leyen; fünf bzw. acht Euro mehr bei Hartz IV sind da nicht ausreichend!), öffentlich geförderte Beschäftigung, Existenzgründungen. Alles drehte sich letztendlich irgendwie um die Binnenkonjunktur und die wirtschaftliche Kompetenz der LINKEN.

Seien wir ruhig selbstbewusst. Unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und die Hilfe für Existenzgründer mit Förderung des Landes sind unsere Ideen, Ideen der LINKEN, die Helmut Holter umgesetzt hat. Diese Forderungen aus dem sozialen Bereich haben knallharte wirtschaftliche Folgen und sind auch wirtschaftspolitische Forderungen, die unmittelbaren Einfluss auf die Binnenkonjunktur haben. Wenn jetzt sogar das nicht als links bekannte Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) eine stärkere Förderung der Binnenkonjunktur als notwendig erachtete, musste ich schon leise Lächeln. Wir haben unter rot-rot genau diese Akzente in praktisches politisches Handeln einfließen lassen.

Mit Henning Foerster als Vertreter der Gewerkschaften haben wir einen anerkannten Betriebsrat in die vorderste Reihe geschickt. Ihm glaubt man die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Glaubst du sie der SPD? Herr Selling schreibt auf seinen Plakaten singgemäß: 25.000 Arbeitsplätze geschaffen und jetzt mehr Lohn! Nur wie, das sagt er nicht und die SPD ist damit nicht glaubhaft. Denn die 25.000 geschaffenen Jobs sind fast ausschließlich Billiglohnjobs. Sie sind nicht etwa das Ergebnis politischen Handelns, sondern vielmehr der angesprungenen Konjunktur. Da hat Herr Selling nicht nach den Löhnen gefragt und seine Regierung verweist stolz auf die geschönte Statistiken.

Die CDU hat sich für „C“ wie „Chaos Caffier“ entschieden. Guter Werbegag, nur ging er nach hinten los. Tja, eben halt an den Menschen vorbei; wir sind von der CDU nichts anderes gewohnt.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, vor uns liegen anstrengende Wochen. Gehen wir die Arbeit an, mit Zuversicht, Schaffenskraft und vor allen Dingen einem optimistischen Lächeln, denn wer wählt schon gerne zerknirschte Trauerklöße. Die Menschen in diesem Land nicht. Deshalb mit Optimismus und Selbstbewusstsein in die heiße Phase des Wahlkampfes 2011.

Wahlkampfleiter Peter Brill

Sparen und Gestalten widersprechen sich nicht!

Der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter, weist die Unterstellung von Sozialministerin Manuela Schwesig, seine Partei wolle „soziale Wohltaten mit Schulden finanzieren“ (taz, 10. 08. 2011), aufs Schärfste zurück.

„Die Äußerungen von Frau Schwesig sind gelinde gesagt dreist. Anstatt einen Blick in unser Wahlprogramm zu werfen und sich inhaltlich auseinanderzusetzen, greift sie wider besseres Wissen in die Motte und unterstellt den Linken mangelnden Sparwillen. Wir haben in Regierungsverantwortung längst bewiesen,

dass sich Sparen und Gestalten nicht widersprechen müssen. Die Vorgängerregierungen haben einen riesigen Schuldenberg und hohe Zinsbelastungen hinterlassen. Erst unter Rot-Rot ist es gelungen, die Verschuldung und die Zinszahlungen zu begrenzen und den Haushalt so zu konsolidieren, dass seit 2006 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen.

Meine Partei steht für eine verantwortungsvolle und vorausschauende Finanzpolitik. Wir brauchen selbstverständlich stabile Haushalte, damit Politik zugunsten der Menschen im

Land handlungsfähig bleibt. Aber ‚Sparen, koste es, was es wolle‘ darf niemals das Motto sein – das gefährdet unserer aller Zukunft, ob jung und alt. Es geht vielmehr um den Einsatz öffentlicher Mittel mit dem Ziel, das Land zukunftsfähig zu machen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Frau Schwesig versucht mit Diffamierungen und Plattheiten von dem eigentlichen Problem abzulenken. Dies besteht nämlich weniger in zu hohen Ausgaben, als vielmehr in zu geringen eigenen Einnahmen.

Wir fordern immer wieder, dass die Einnahmeseite dringend

verbessert werden muss, um die notwendigen Ausgaben, wie beispielsweise eine bessere Bildung, finanzieren zu können. Seit vielen Jahren aber sorgt die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierungen, auch unter SPD-Beteiligung, für riesige Steuerentlastungen bei großen Unternehmen, bei Spitzenverdienern und Vermögenden. Damit gingen und gehen für die öffentlichen Haushalte dringend notwendige Einnahmen in Milliardenhöhe verloren. Das zu ändern und endlich Steuergerechtigkeit herzustellen, dafür muss sich die Landesregierung endlich einsetzen.“



Alle halbe Stunde hält ein Zug in Springe, einem Ort bei Hannover, der etwa dreimal kleiner ist als unsere Stadt Schwerin. Unmittelbar am Bahnhof in Richtung Stadtzentrum wohnt Hamid, ein Springer Genosse aus den Irak. Alle die hier vorbeikommen sehen es - hier ist man willkommen, denn „HIER ist DIE LINKE.“ „Rotes Signal“ nennen die Springer Genossen ihre liebevoll hergerichtete Autogarage an Hamids Wohnhaus und ihren Schaukasten an der Straße. Oft hat Hamid Besuch im Roten Signal, manchmal auch Punks. Und es gibt immer Trinken und Es-

Kämpfen und feiern gehören zusammen

sen. Falaffel sind seine Spezialität. Das sind Klopse aus einem Brei von Kichererbsen und Gewürzen. Alles ohne Alkohol – versteht sich. Am letzten Wochenende im Juni waren sechs Mitstreiter der Projektwerkstatt „Buntes Q“ zu Gast im Roten Signal. Aber es war nicht nur Feiern angesagt. Es ist Wahlkampf in Springe. So beteiligten wir uns an Steckaktionen, verteilten Flyer auf dem Töpfermarkt, organisierten einen Filmvorführ-Abend und führten einen Infostand durch. Zu unserem Erstaunen beteiligten sich auch Mitglieder einer Bürgerinitiative aus Hannover für ein Bedingungsloses Grundeinkommen an unseren Aktionen. „Die Springer Genossen ticken anders“, so die kurze Antwort einer jungen Aktivistin der über 50 Mitglieder zählenden Bürgerinitiative. Seit Jahren arbeiten die Genossen aktiv in Bürgerinitiativen mit, ohne taktische Geplänkel. Das macht Eindruck. So ist

eine Bürgerinitiative unter dem Schirm der Linkspartei in Springe nichts Besonderes mehr. Am Abend sind wir im Roten Signal bei einem gemütlichen Beisammensein auch mit Mitgliedern der Bürgerinitiative und unseren Genossen in Springe über viele Themen ins Gespräch gekommen. Mit Feuer in seinen Augen erzählt er uns aus seinem Leben. Krieg, Vertreibung, Flucht und Saddam, alles hat Hamid erlebt und dennoch oder gerade deshalb ist er standhaft ein Kommunist geblieben. Wir erlebten in Springe einen Ortsverband, der leidenschaftlich kämpfen und feiern kann. Beides gehört zusammen. Zudem waren sich alle in einem Punkt einig - Dieser gemeinsame Wahlkampf war ein toller Beitrag zur Parteilbildung. Das und viele neue Eindrücke und Impulse nahmen wir nach Hause mit.

Torsten Müller

"Wo bleiben eure Plakate?"

Seit Wochen hängen die Wahlplakate der Parteien. Nur eine fehlt. DIE LINKE. Ganz bewusst hat sich die Partei entschieden nur in den drei Wochen zu pla-

katieren in dem auch der offizielle Wahlkampf stattfindet. Wählen gewinnt man nicht durch gute Plakate, sondern durch gute Politik.

Bild: Fleißig wie immer sorgen Heinz Pawlitzok, Klaus Musse, Willi Arndt, Thomas Mellendorf und Joachim Mußfeldt, dass die vielen Helfer die Wahlplakate in der Stadt aufhängen können. Allen Helfern auf diesem Wege schon vorab ein herzliches Dankeschön



Alle haben einen Schulabschluss.



www.die-linke.de

Wir trauern um unseren Genossen Anton Larek, der im Monat Juli im Alter von 86 Jahren verstarb. Wir werden ihn in ehrendem Gedenken behalten. Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 126 in der Weststadt.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 206 trauern um Genossin Betty Kluth, die im Monat Juli verstarb. Unsere Gedanken und Wünsche sind an der Seite von ihrem hinterbliebenen Mann und unseren Genossen Ferdinand Kluth.

Herzliche Glückwünsche

Die Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratulieren nachträglich Genossen Günter Moritz zum 81. Geburtstag.

Die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag erhält Genossin Esther Böttger zum 59. Geburtstag, den sie am 12. August begehrt.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308 auf dem Großen Dreesch.

Wenn auch verspätet doch nicht minder herzlich nachträgliche Glückwünsche an Genossen Kurt Wadephul zum 86.,

Genossen Jan Templin zum 31.,

Genossen Michael Strähnz zum 51. und

Genossin Antje Feldmann zum 42. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 605.

Die Stadtteilorganisation Krebsförden gratuliert Genossin Angelika Rüß am 20. August zum 59. Geburtstag, verbunden mit Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 09.09.2011, Redaktionsschluss ist der 05.09.2011.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Die Treuhandanstalt DDR-Wirtschaft zu treuen Händen?

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 16. Juni 2011

Prof. Jörg Roesler, Jahrgang 1940, ein profunder Kenner der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR, veröffentlichte seit 1990 einige beachtete Sachbücher sowie zahlreiche Publikationen und Aufsätze. 1992, 1994/95 und 2006 führten ihn Gastprofessuren nach Kanada und in die USA. In seiner wissenschaftlichen Arbeit nach 1990 beschäftigte ihn u.a. die Arbeit der Treuhandanstalt (THA), die für Millionen Menschen in Ostdeutschland zu einem Synonym für die deutsche Wiedervereinigung wurde. Im März 1990 unter der Modrow-Regierung und unter Beteiligung des Runden Tisches als „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ und zur Überführung der 8.000 DDR-Kombinate mit ihren 40.000 Betrieben in geeignete Unternehmensformen gegründet, erhielt sie durch das 2. Treuhandgesetz, das bereits in Bonn geschrieben wurde, ab Juni 1990 eine völlig neue Ausrichtung. Die THA hatte zeitweilig mehr als 5.000 Beschäftigte, die Führungsetagen wurden von westdeutschen Managern besetzt. Ausländischen Investoren wurde zum Schutz der (west)deutschen Wirtschaft lange der Zugang zu ostdeutschen Unternehmen verwehrt. Die zunächst erwarteten Milliardengewinne – die Betriebe der DDR wurden auf einen Substanzwert von 1.300 Mrd. D-Mark geschätzt und 50 bis 70 Prozent der VEB wurden vor der Währungsumstellung als überlebensfähig bewertet – schmolzen zum Ende der THA auf Verkaufserlöse in Höhe von 73 Mrd. DM zusammen – vor allem, weil der Verkehrswert der Unternehmen zur Grundlage für die Verkaufsverhandlungen gemacht wurde und dieser sich auch nach den (zusammengebrochenen) Umsätzen richtete. Insgesamt schloss die THA zum 31.12.1994 mit einem Verlust von 264 Mrd. DM ab. Diese Schulden bezahlen Ost-

und Westdeutsche gleichermaßen. Ähnliches wäre mit der westdeutschen Wirtschaft passiert, wenn die DM damals über Nacht auf den US-Dollar aufgewertet worden wäre. Neben der Politik der THA war die Währungsumstellung ein wesentlicher Grund für den wirtschaftlichen Untergang der ostdeutschen Betriebe. Die Politik der Treuhand wurde maßgeblich bestimmt durch ihre Präsidenten Gohlke, Rohwedder (20.8.1990 bis 1.4.1991) und Breuel (ab 13.4.1991) sowie durch das Bundesfinanzministerium. Der sanierungserfahrene Rohwedder vertrat einen Kurs des langsamen Übergangs. Unter der „Liquidatorin“ Birgit Breuel erhöhte sich der Privatisierungsdruck, stieg die Zahl der privatisierten Betriebe pro Monat von 130 auf 300. Die THA hatte eine verfassungsrechtlich bedenkliche finanzpolitische Sonderstellung, eine Kreditermächtigung ohne Einbeziehung des Parlaments bis zu 25 Mrd. DM und wurde kaum mit Kontrollen durch das Parlament „belästigt“. Verbunden mit Arbeit der THA waren unzählige Fälle von Wirtschaftskriminalität und Betrug. Für M-V besonders bedeutsam war der Betrug durch die Bremer Vulkan Gruppe bei der Privatisierung der Werften. Im Juli 2011 wurden vier ehemalige Vulkan-Manager zu geringen Geldstrafen verurteilt. Die laut Bundesrechnungshof mitverantwortlichen Treuhandmanager bleiben unbehelligt.

Am 31. Dezember 1994 wurde die Treuhandanstalt aufgelöst. Die verbliebenen Aufgaben wurden auf mehrere Folgegesellschaften verteilt, so z. B. auf die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), Treuhandliegenschaftsgesellschaft (heute TLG Immobilien GmbH), Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG).

Jörg Böhm

Rosa-Luxemburg- Stiftung seit 20 Jahren in M-V aktiv

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat am 2. Juli mit einer Festveranstaltung in Rostock auf das eigene 20jährige Wirken in der politischen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zurückgeblickt. Der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Jochen Schmidt, lobte die breit aufgestellte Arbeit der Stiftung, die so auch in der Fläche wirksam werde. Der Landesvorsitzende der Linkspartei, Steffen Bockhahn, verwies darauf, dass die Stiftung durch ihre kontinuierliche Arbeit Anerkennung und Akzeptanz erworben hätte und mit ihren Veranstaltungen linkes Denken und linke Politikangebote erfolgreich in die Öffentlichkeit tragen würde. Linkes Gedankengut sei mehr als eine Illusion. Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag M-V, betonte die Bedeutung politischer Bildung über Wahltermine hinaus. Hierbei leistete die Stiftung einen wichtigen Beitrag. Wurden von 1992 bis 1996 jährlich landesweit ca. 75 Veranstaltungen organisiert seien es nunmehr 170 Ver-

anstaltungen, die mehr als 6.000 interessierte Besucherinnen und Besucher erreichen würden. Möglich wurde dies vor allem durch die Einrichtung des Regionalbüros in Rostock im Jahr 2003 und durch die unermüdliche ehrenamtliche Arbeit der landesweit tätigen Freundeskreise, betonte der Vorsitzende der RLS in M-V, Prof. Werner Pade. Einig waren sich alle Diskutanten darüber, dass die politische Bildung in der Schule stärker wirksam werden müsse, um das Funktionieren der Demokratie den Heranwachsenden deutlich zu machen und Lust auf Mitmachen zu wecken. Auf der Jahresmitgliederversammlung, die vor der Festveranstaltung stattfand, hatte sich der Ursprungsverein, das „forum für politische und interkulturelle Bildung“ in Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V umbenannt. Die Stiftung ist in Westmecklenburg mit ehrenamtlichen Freundeskreisen in Schwerin, Wismar, Ludwigslust und Parchim tätig.

Jörg Böhm

Das Schweriner Krankenhaus aus der Sicht des Patienten

Das Klinikum ist eine von 64 Einrichtungen der Helios – Kette. Es ist ein Wirtschaftsunternehmen, das Profit zu erbringen hat. Unsere Stadt hat mit ihrem Anteil von 5% so gut wie keinen Einfluss mehr auf die hausinternen Abläufe. Ganz offiziell werden die Patienten, die inzwischen zum Kunden mutierten, in drei Klassen unterteilt, die in verschiedenen Kliniken bzw. Abteilungen behandelt werden, nämlich:

- der Privatklinik mit einem luxuriösen Komfort,
- der Wahlleistungsstation, auf der sich ein Kassenpatient besondere Leistungen zusätzlich kaufen kann
- die „normalen“ Kliniken für die Kassenpatienten.

Die Kassenpatienten warten trotz Überweisungen in der modernen Aufnahme oft viele

Stunden, bis sie in die zuständige Station einziehen können. Dort wird die Einsatzbereitschaft der Ärzte und des Pflegepersonals dankbar empfunden, aber der spürbare Mangel an Arbeitskräften und der Ersatz durch unqualifiziertes Personal schmälert oft den Erfolg. Was die Mitarbeiter, insbesondere die Ärzte, unter besonderen Druck setzt, ist die eingeführte „Fallpauschale“, die dazu führt, dass Patienten oft zu früh entlassen werden. So kommt es dazu, dass unser Klinikum mit die kürzeste Verweildauer in Deutschland erreicht hat und die Hausärzte nicht wissen, wie sie die oft noch notwendige Weiterbehandlung mit ihrem eingeschränkten Budget ausgleichen können. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Patienten.

U.Marek

DIE LINKE mahnt und gedenkt



oben: Die Kriegskosten könnten viel sinnvoller eingesetzt werden
links: Der Infostand am Aktionstag

Sechundsechzig Jahre ist der Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima jetzt her. Am 6. August 1945 brachte ein US-amerikanischer Bomber die erste Nuklearwaffe zum Einsatz – und vernichtete eine Stadt und hunderttausende Menschenleben. Die Bombardierung Hiroshimas durch die amerikanische Luftwaffe ist eines der finsternen Kapitel des Zweiten Weltkrieges und steht exemplarisch für Allmachtsphantasien, sinnlose Zerstörung und Barbarei. DIE LINKE stellt sich konsequent gegen jede Art von kriegerischer Auseinandersetzung. Sie ist die

Friedenspartei in Deutschland und hat sich als einzige Partei immer gegen den Krieg in Afghanistan, den Krieg im Irak und die Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg in Libyen ausgesprochen. Damit die Schrecken des Krieges, für die Hiroshima exemplarisch steht, nicht vergessen werden, ist Erinnerung und Mahnung dringend notwendig. DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern hat daher eine Aktion ins Leben gerufen, bei der in sechundsechzig Städten und Gemeinden des Atombombenabwurfs gedacht wurde.

Keinen Krieg MIT UNS! Niemals!



Eine Spende für Cuba Si

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge überreichte eine Spende in Höhe von 600 Euro für die Kinder Kubas, die sie anlässlich ihres 60. Geburtstages erhielt. Die AG „Cuba Si“ bedankt sich herzlichst.



Helmut Holter bei der Präsentation der ersten Großfläche

Am 9. August 2011 hat der Kreisvorsitzende Stefan Schmidt vor dem Wahlbüro der LINKEN in der Martinstraße, das Wahlmobil getauft. Natürlich durfte dabei die obligatorische Flasche Sekt nicht fehlen, die allerdings dem Wahlkampf mobil und den Gästen der Taufe, jedoch nicht dem Fahrer zustand. „In diesem Wahlkampf wird DIE LINKE. Schwerin auf Initiative des Kreisvorsitzenden erstmalig ein eigenes Wahlkampf mobil zum Einsatz bringen. Entsprechend gestaltet mit den Bildern der Direktkandidaten Helmut Holter und Henning Foerster, wird das Auto in den nächsten Wochen zum Stadtbild gehören“, freute sich Wahlkampfleiter Peter Brill. Das Auto wird die Wahlkämpfer zu Infoständen,

Wahlmobil getauft



Henning Foerster und Helmut Holter vor dem Wahlmobil

Stadteifest, anderen Aktionen und natürlich beim Plakatieren begleiten. Auch Magnettafeln werden an verschiedenen Autos für die Direktkandidaten der Linkspartei werben. Peter Brill: „Allein, dass sich Schwerinerinnen und Schweriner außerhalb der Partei bereit erklären, mit den Magnettafeln an ihren Autos Werbung für unsere Direktkandidaten zu fahren, zeigt, dass wir bei der Wahl unserer Kandidaten ein gutes Händchen hatten. Hier ziehen die Namen der Kandidaten Helmut Holter und nicht nur die Partei. Tatsächliches Engagement der Kandidaten in ihrer täglichen Arbeit zahlt sich so aus und macht deutlich, dass sie über die Partei hinaus Respekt und Anerkennung finden.“